

Friedliches Auseinanderwachsen Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der Entspannung 1960–1980

Thomas Ekman Jørgensen

Die Entspannungspolitik der 1960er- und 1970er-Jahre ist ein weites Forschungsfeld. Politikwissenschaftler, Soziologen, Ökonomen und später auch Historiker haben die schrittweise Annäherung von USA und Sowjetunion in ihren diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Aspekten unter eine manchmal sehr starke Lupe genommen.¹ Diese Literatur bietet interessante Perspektiven und Narrative der Ereignisse, diplomatischen Intrigen, politischen Motivationen oder wirtschaftlichen Zwänge des Entspannungsprozesses auf der zwischenstaatlichen Ebene. Wir wissen viel über die Geschichte der Institutionen und Verträge der Entspannung, sozusagen über den Rahmen der politischen Annäherung beider Systeme; wir wissen vor allem von dem diplomatischen Spiel, das diese Verträge möglich machte. Dagegen ist bis vor kurzem wenig darüber geschrieben worden, wie die Annäherung von den Bürgern erlebt und gedeutet wurde.² In welcher Weise haben Polen, Deutsche oder Italiener die Entspannung wahrgenommen, und wie hat sie ihr Leben beeinflusst? War die Entspannung eine Angelegenheit nur für Politiker und Diplomaten, oder war es tatsächlich ein Prozess, der breite Bevölkerungsschichten erreichte? Gab es eine „Lebenswelt der Entspannung“, die sowohl im Osten als auch im Westen die Bürger direkt berührte?

Die feste politische und mentale Ordnung des Kalten Krieges war Anfang der 1960er-Jahre schon aufgebrochen. Sie hinterließ ein Vakuum, in dem neue Deutungen und Verhaltensmuster entstehen konnten. Die Beziehungen zwischen Kultur, Politik und Wirtschaft verknüpften sich auf neue Weise, und die dominierende mentale Zweiteilung des öffentlichen Lebens in „den Westen“ und „den Osten“ verlor an Kraft. Die Konvergenztheorien der 1960er- und

¹ Siehe z.B. Raymond Garthoff, *Détente and Confrontation. American-Soviet Relations from Nixon to Reagan*, Washington 1994; John van Oudenaren, *Détente in Europe*, London 1991. Auch die Perspektiven des ambitionierten „Cold War International History Project“ (<<http://www.wilsoncenter.org/cwihp>>) sind vor allem politik- und diplomatiegeschichtlich.

² Ein wichtiger Beitrag ist jedoch Jeremy Suri, *Power and Protest. Global Revolution and the Rise of Détente*, Cambridge 2003. Zu soziokulturellen Aspekten des Kalten Krieges, allerdings weniger zur Entspannung, siehe auch *Cold War History* 4 (2003) H. 1. Besonders einschlägig ist zudem *Archiv für Sozialgeschichte* 45 (2005) zum Rahmenthema „West-Ost-Verständigung im Spannungsfeld von Gesellschaft und Staat seit den 1960er-Jahren“.

1970er-Jahre, auf die am Ende des Beitrags noch einzugehen ist, wiesen auf Angleichungstendenzen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaften hin. Längerfristig musste man sich aus westlicher und östlicher Perspektive nicht mehr unbedingt auf den „globalen Anderen“ beziehen. Dass die unmittelbare Bedrohung in den Hintergrund trat, konnte dazu führen, dass man den früheren Gegner ignorierte oder als Exoten wahrnahm. Vor dem Hintergrund der Entspannungspolitik wird in diesem Aufsatz versucht, die unterschiedlichen Entwicklungen der sozialistischen bzw. marktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodelle zu durchleuchten.

Die historische Landschaft jener Lebenswelten der Entspannung ist zum größten Teil noch nicht vermessen worden. Die wichtigsten Landmarken sind bekannt, aber die verschiedenen Wege, die zu ihnen oder um sie herum führen, sind bisher nur skizzenhaft beschrieben worden. So kann das Folgende auch nur eine oberflächlich gezeichnete Landkarte sein, die eher zu weiterer Erforschung einlädt, als dass sie feste Konturen zeigen könnte. Die Literatur über den sozialen und kulturellen Wandel während der 1960er- und 1970er-Jahre ist in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren so stark gewachsen, dass man sich zu den lebensweltlichen Entwicklungen einzelner Länder einen guten Überblick verschaffen kann.³ Zur Frage, wie diese Entwicklungen mit dem parallel laufenden Entspannungsprozess verknüpft waren, gibt es aber noch kaum Forschungen. Dasselbe gilt für den Vergleich dieses Wandels in Ost- und Westeuropa. Im Folgenden wird versucht, das gesellschaftsgeschichtliche Dreieck von Kultur, Politik und Wirtschaft mit dem Wandel der Ost-West-Beziehungen zu verknüpfen. Die Hauptthese lautet hierbei, dass trotz besser werdender Möglichkeiten zur individuellen Kontaktaufnahme zwischen den Lebenswelten der beiden Blöcke während der politisch-diplomatischen Entspannung im Allgemeinen eine immer tiefere Kluft wuchs – eine auf den ersten Blick paradoxe Entwicklung. Ich gehe auf Nord-, West- und Zentraleuropa ein; die Balkanländer und die südeuropäischen Diktaturen bleiben hier unberücksichtigt. Das Ziel ist eine Skizze mit Anregungen für neue Perspektiven und systematischere Untersuchungen.

Beim Schreiben dieser Geschichte ist es kaum zu vermeiden, die Entwicklungen aus einer gewissen teleologischen Perspektive zu beobachten; der Zusammenbruch des Realsozialismus war zweifellos eine spektakuläre Zäsur. Das Folgende wird deshalb stellenweise vielleicht als eine zu eindeutige Zerfallsgeschichte erscheinen. Es muss dabei immer mitgedacht werden, dass das bevorstehende Ende des Realsozialismus den Zeitgenossen der 1970er- und 1980er-Jahre nicht offenbar war.

³ Siehe für den Westen etwa Arthur Marwick, *The Sixties. Cultural Revolution in Britain, Italy, France and the United States, c. 1958 – c. 1974*, Oxford 1998; für die Bundesrepublik jetzt sehr ausführlich: Detlef Siegfried, *Time is on my Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006.

1. Mehr Platz für Innovationen und Allianzen in der Politik

Die 1960er-Jahre waren auf dem europäischen Kontinent eine Zeit des Aufbruchs – im politischen Bereich zunächst durch zwei verschiedene Entwicklungen, die im Osten und im Westen ungefähr gleichzeitig abliefen. Im Osten führte die Entstalinisierung zu prekären Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen eigenständiger politischer Reformen in der sowjetischen Machtsphäre. Im Westen dagegen zeichneten sich neue Politikmuster ab, sowohl in Bezug auf Organisationsformen als auch auf politische Werte und das generelle Verständnis „des Politischen“. Zudem öffneten sich mit der Abschwächung des Schützengraben-Denkens des Kalten Krieges neue politische Spielräume. Die Veränderungen des politischen Denkens vollzogen sich im Westen in viel größerem Maße als im Osten, wo die Herrschaftssysteme dem Aufbruch deutlich engere Grenzen setzten.

Im Westen wurden die politischen Wandlungen durch einen ausgesprochenen Konsens im politischen System gefördert. Die 1950er-Jahre waren für Westeuropa insgesamt eine Zeit konservativer Hegemonie, begünstigt vom Wirtschaftswachstum und der scheinbaren Effizienz der Marktwirtschaft. Die sozialdemokratischen Parteien konnten in dieser Situation nicht auf reformistischer Kapitalismuskritik beharren, sondern setzten die schon in der Zwischenkriegszeit begonnene Wandlung zu Mitträgern der marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung fort. Dies wurde etwa im Godesberger Programm der SPD von 1959 deutlich. Unter dem Leitsatz „Wettbewerb soweit wie möglich. Planung soweit wie nötig“ erkannte die SPD die Marktwirtschaft grundsätzlich an. Gewiss sollte der Staat bei der Konjunkturpolitik und Sicherung des Rechtsstaates eine Rolle spielen – wenigstens zum Schutz des freien Wettbewerbs und bei der Schaffung sozialer Gerechtigkeit –, aber von sozialistischen Zielen im Sinne eines alternativen Gesellschaftsentwurfs war nicht mehr die Rede. Dies war ein deutliches Indiz dafür, dass die sozialdemokratischen Parteien den Status quo zunehmend akzeptierten, freilich mit anderen Schwerpunkten als die Liberalen und die Konservativen.⁴ So rückten die europäischen Sozialdemokraten nach rechts und vergrößerten den Abstand zu den kommunistischen Parteien.

In diesem politischen Zwischenraum entstanden seit Ende der 1950er-Jahre die so genannten „Dritten Parteien“.⁵ 1958 gründete sich in Dänemark die Sozialistische Volkspartei (Socialistisk Folkeparti, SF), hauptsächlich als Partei der aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Reformbefürworter. In

⁴ Aus gesamteuropäischer Perspektive siehe Donald Sassoon, *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*, London 1996, S. 241-273.

⁵ Stefano Bartolini, *The Political Mobilisation of the European Left*, Cambridge 2000, S. 115ff.

Norwegen waren es die linken Flügel der Sozialdemokraten, die aus Protest gegen die NATO-freundliche Politik der Parteiführung 1961 ihre eigene Partei gründeten. Ähnlich verließ 1964 der linke Flügel der italienischen Sozialisten die bisherige Partei und gründete die PSIUP (Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria), während in Frankreich die PSU (Parti socialiste unifié) als eine Allianz der französischen Linken entstand. Auch wenn diese Parteien im Großen und Ganzen ein Phänomen der 1960er-Jahre waren, öffneten sie im linken Spektrum einen neuen politischen Spielraum, der die früher getrennten Welten überbrückte. Die italienische Allianz zwischen Christdemokraten und Sozialisten gab dieser Entwicklung den Namen „Öffnung nach links“ (apertura a sinistra). Der Beginn einer formalen Zentrum-Links-Zusammenarbeit ab 1963, die in den 1950er-Jahren noch von den USA verhindert worden war, ist nicht nur als Produkt einer Mäßigung der Sozialisten zu verstehen, sondern auch als Zeichen, dass die USA jetzt bereit waren, die westeuropäischen Sozialisten zu akzeptieren. Zudem hatte der Heilige Stuhl die bisherige Haltung eines dezidierten Antikommunismus verlassen und sprach sich unter Papst Johannes XXIII. für Völkerverständigung und Frieden aus.⁶ Zweifellos spielte die Isolation der kommunistischen Partei auch eine Rolle, aber die Brücke über die vormals tiefe Kluft der Rechten und Linken war in Italien ein wichtiges Zeichen der Zeit. Dies wurde in den 1970er-Jahren noch deutlicher, als derselbe Aldo Moro, der unter den Christdemokraten die „Öffnung nach links“ vorangetrieben hatte, den kommunistischen Versuchen einer Annäherung an die Mitte in der Form eines „historischen Kompromisses“ entgegenkam.

Die kommunistische Seite antwortete darauf mit der Konzeption des Eurokommunismus, der die politische und historische Verbindung mit Moskau aufheben oder zumindest reduzieren sollte. Obwohl dieser Ansatz in der zeitgenössischen und auch der späteren Literatur viel Aufmerksamkeit gefunden hat, scheiterte er ideengeschichtlich und politisch letztlich an der Schwierigkeit, eine kommunistische Identität ohne die Sowjetunion zu bilden. Die Frage, wie man ohne Internationalismus revolutionär sein könne, ließ sich innerhalb des damaligen kommunistischen Horizonts kaum beantworten. Hinzu kam die Unwilligkeit der französischen Kommunisten, einen radikalen Reformkurs einzuschlagen.⁷ Mit der Ermordung Moros im Jahr 1978 bestand auch in Italien keine Möglichkeit mehr, die Reformideen konkret zu verwirklichen.

In den skandinavischen Ländern war ab den 1960er-Jahren ebenfalls eine Aufweichung der politischen Fronten zu beobachten. Die Sozialdemokraten versuchten die neuen Parteien als verschleierte Kommunisten hinzustellen;

⁶ Leopoldo Nuti, *Gli Stati Uniti e l'apertura a sinistra [Die Vereinigten Staaten und die Öffnung nach links]*, Bari 1999.

⁷ Maud Bracke, *Which Socialism, Whose Détente? West European Communism and the Czechoslovak Crisis of 1968*, Budapest 2007 (i.E.).

dennoch erlebten sowohl die norwegische SF als auch die tatsächlich von ehemaligen Kommunisten geleitete dänische SF und sogar die reformierte, aber in der kommunistischen Weltbewegung gebliebene schwedische Kommunistische Partei in den 1960er-Jahren beträchtliche Wahlerfolge. Die dänische SF wurde Mitte der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre sogar parlamentarische Stütze sozialdemokratischer Minderheitsregierungen, da deutlich wurde, dass diese Partei nicht durch das einfache Etikett „Kommunisten“ zu überwinden war, sondern einen potenziellen Partner darstellte. Das Kommunismusverdikt, das lange als politische Pauschalwaffe gedient hatte, war ab Mitte der 1960er-Jahre nicht mehr brauchbar.⁸

Dies hing auch mit zwei allgemeinen Tendenzen zusammen: Erstens schwächte sich das Schreckbild des Kommunismus im Zuge der Entspannung stark ab. Zweitens zeigte das politische Verhalten der Bürger ab Anfang der 1960er-Jahre neue Orientierungen. War das politische und private Leben zuvor durch Parteimitgliedschaft, relativ feste Klassenzugehörigkeit und hierarchische Strukturen geprägt, so war ab den 1960er-Jahren eine Wende zu beobachten – persönliches Engagement und Verantwortung traten in den Vordergrund. Diese Betonung des individuellen Handelns wurde in den Bewegungen gegen Atomwaffen besonders deutlich („Campaign for Nuclear Disarmament“ in Großbritannien, „Kampf dem Atomtod“ in der Bundesrepublik). Obwohl auch Parteien hier eine Rolle spielten, lag die neuartige Anziehungskraft dieser Bewegungen eben in der politischen und moralischen Mobilisierung von Individuen.⁹ In den Studenten-, Vietnam- und Umweltbewegungen der folgenden Jahre war diese Aufwertung des individuellen Engagements ein gemeinsamer Zug, der im Kontext eines breiteren Wertewandels stand.

Die altbekannten klassenspezifischen Identifikationsmuster verloren im Zuge des wachsenden Wohlstands an Bindekraft. Die materiellen Möglichkeiten schufen neue Leitbilder und Verhaltensweisen. Der von Ronald Inglehart 1977 beschriebene Postmaterialismus war ein Beispiel für ein solches Verhalten, das nicht von wirtschaftlichen Verteilungsfragen bestimmt war, sondern von einer Reihe ästhetischer und moralischer Werte, die sich nicht unmittelbar aus der Klassenzugehörigkeit ergaben.¹⁰ Die politische „Öffnung nach links“

⁸ Für die Bundesrepublik siehe Siegfried, *Time is on my Side* (Anm. 3), S. 185-190.

⁹ Søren Hein Rasmussen, Kampagnen mod Atomvåben og andre protestbevægelser i 1960ernes første halvdel [Die Kampagne gegen Atomwaffen und andere Protestbewegungen in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre], in: *Den jyske historiker [Der jütländische Historiker]* 101 (2003), S. 34-49, hier bes. S. 47; Holger Nehring, Politics, Symbols and the Public Sphere. The Protests against Nuclear Weapons in Britain and West Germany, 1958–1963, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 2 (2005), S. 180-202.

¹⁰ Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Peoples*, Princeton 1977; zur historischen Einordnung und Kritik siehe den Beitrag von Andreas Rödder in diesem Heft.

und das Entstehen von sozialen Bewegungen mit stark individualistischen Zügen förderten die postmaterielle Tendenz und gaben ihr eine politische Heimat. Die Entspannung und die damit verbundene Auflösung des Bildes vom äußeren Feind ermöglichten zum Teil das Aufkommen und den relativen Erfolg dieser Bewegungen. Während die westliche neue Linke zu Beginn der 1960er-Jahre zunächst als Reaktion auf die Blockkonfrontation entstand, profitierte sie dann von der Situation der Entspannungspolitik und ließ die Problematik der geteilten Welt mehr oder weniger hinter sich; in den 1970er-Jahren bezog sie sich primär auf interne Probleme der eigenen Gesellschaften. Selbst das Thema der „Dritten Welt“ verlor mit dem Ende der Kolonialkriege und des Vietnamkriegs seine zentrale Position, während Frauen- und Umweltfragen bestimmend wurden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Themen und Forderungen der Bewegungen im Westen allmählich ins politische System integriert werden konnten. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Paris und Berlin 1967/68 blieben kurze Episoden – im Vergleich zum breiten Einfluss des kulturellen und politischen Umbruchs, der sich etwa in Willy Brandts Slogan „Mehr Demokratie wagen“ zeigte. In den 1970er-Jahren wurden die sozialen Bewegungen, ihre Ausdrucksformen und ihre Programmatik ein fester Bestandteil der politischen Szene Westeuropas, so dass man von einer „Vergesellschaftung“ der Kritik“ sprechen konnte.¹¹

Auch in der kommunistischen Weltbewegung und im Ostblock gab es parallel zum Entspannungsprozess politische Reformversuche, deren Scheitern jedoch belegt, dass es sich in West und Ost um zwei verschiedene Geschichten der Entspannung handelte. Besonders in Polen ließen sich frühzeitig die Schwierigkeiten erkennen, die mit tiefgreifenden Reformen im kommunistischen System verbunden waren. Nach den Unruhen von 1956 setzte Władysław Gomułka wirtschaftliche und politische Reformen in Gang, die einen „polnischen Weg zum Sozialismus“ ermöglichen sollten, den so genannten „Polnischen Oktober“. Obwohl Gomułka durch seine oppositionelle Vergangenheit eine gewisse Legitimität und Unterstützung besaß, mussten die Reformen erstens auf höchster Ebene mit der Sowjetunion besprochen werden, um ein sowjetisches Eingreifen zu vermeiden. Zweitens mussten sie dem Machtanspruch der Partei und Gomułkas selbst angepasst werden. In den 1960er-Jahren wurde immer deutlicher, dass die am Anfang des Jahrzehnts erlaubte Opposition gegenüber den konservativen Elementen an Einfluss verlor.¹² Im Jahr 1968 sorgte die von oben angetriebene „antizionistische“ Kampagne dafür, dass bedeutende Reformkräfte aus dem politischen Leben

¹¹ Thomas Etzemüller, *1968 – ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden*, Konstanz 2005, S. 200; ders., *Imaginäre Feldschlachten? „1968“ in Schweden und Westdeutschland*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 2 (2005), S. 203-223.

¹² Marian K. Dziewanowski, *Poland in the 20th Century*, New York 1977, S. 173-220.

gedrängt oder gar in die Emigration gezwungen wurden. So wurde Kritik unterbunden, die für das System durchaus konstruktiv als internes Korrektiv hätte wirken können. Dieser Verlauf wiederholte sich 1970 und 1976, als der neue Parteichef Edward Gierek zunächst eine gewisse Reformbereitschaft versprach, aber 1976 auf Repression zurückgriff.

In Ungarn verlief der Reformprozess mit etwas mehr Erfolg. In den 1960er-Jahren führte die Partei unter der Leitung von János Kádár eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Reformen durch, die das Monopol der kommunistischen Partei zwar bewahrten, aber begrenzte private Initiativen in der Wirtschaft und eine gewisse Offenheit im politischen System zuließen. Die Partei wurde zu einer Massenorganisation, die weniger als ideologische Speerspitze der Nation auftrat, sondern eher als neutraler Makler zwischen verschiedenen lokalen oder administrativen Interessen vermittelte.¹³ Dies ermöglichte zwar eine begrenzte Integration der Kritik von der Basis, führte letztlich jedoch zu einer Zweiteilung der Gesellschaft – auf der einen Seite die Partei, die von ihr kontrollierte Wirtschaft und das offizielle politische Leben, auf der anderen Seite ein kleiner privatwirtschaftlicher Sektor und eine teilweise geduldete intellektuelle Opposition. Im Gegensatz zu Polen gelang es in Ungarn gleichwohl, eine gewisse Stabilität zu erhalten und politisch-ökonomische Krisen vorerst zu vermeiden. Von einer pluralistischen Gesellschaft oder Konsumgesellschaft im westlichen Sinne konnte indes keine Rede sein. Vielmehr entwickelte sich ein posttotalitäres System, dessen hauptsächliche Bindekraft die Furcht und Anpassung der Bürger war. Die Machthaber hatten das totalitäre Projekt des „neuen Menschen“ aufgegeben und begnügten sich mit ideologischen Lippenbekenntnissen der Beherrschten. Václav Havel hat diesen Mechanismus plastisch beschrieben: „[Der Mensch] muß die Lüge nicht akzeptieren. Es reicht, daß er das Leben mit ihr und in ihr akzeptiert. Schon damit nämlich bestätigt er das System, erfüllt es, macht es – er ist das System.“¹⁴

In posttotalitären Gesellschaften wurde politische Passivität geduldet; so meinte Kádár: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.“¹⁵ Dies schuf eine Privatsphäre, die zwar entpolitisiert bleiben musste, aber vor Einmischungen des Staates relativ sicher war. Im Gegensatz zum Westen entwickelten sich im Osten kaum individualisierte politische Aktionsformen im Sinne der westlichen Protestbewegungen und erst recht keine postmateriellen politischen Verhaltensmuster. Auch blieb der Bezug des Ostens auf das westliche Gegenüber viel präsenter als umgekehrt. Ein faktisches Ignorieren des Anderen (wie aus west-

¹³ Rudolf L. Tökes, *Hungary's Negotiated Revolution*, Cambridge 1996, S. 29f.

¹⁴ Václav Havel, *Versuch, in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen*, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 18.

¹⁵ Zit. nach Mark R. Thompson, *Neither Totalitarian nor Authoritarian: Post-Totalitarianism in Eastern Europe*, in: Achim Siegel (Hg.), *The Totalitarian Paradigm after the End of Communism*, Amsterdam 1998, S. 303-328, hier S. 316.

licher Perspektive) war nicht möglich, wenn dieser Andere eine Attraktivität behielt und eine latente Bedrohung des Systems darstellte. So war die Teilung Europas im Osten stets viel stärker spürbar als im Westen. Wurde die Chiffre „Jalta“ für Polen zu Beginn der 1980er-Jahre als „the first fact of life“ bezeichnet,¹⁶ so hätte man ähnliches über kein westliches Land sagen können.

Noch wichtiger ist hier, dass die individualisierten politischen Handlungsräume, die sich in Westeuropa mit den neuen sozialen Bewegungen öffneten, in Ost- und Zentraleuropa kein Äquivalent hatten. Die bereits erwähnte Bewegung „Campaign for Nuclear Disarmament“ zum Beispiel war ein Raum politischer Selbstrealisierung und etwas völlig anderes als die östlichen Oppositionsbewegungen. Im Westen handelte es sich um ein Engagement, das relativ frei und spontan vom Individuum selbst bestimmt wurde. Das einmalige Mitmachen bei einem Ostermarsch musste an sich keine existenziellen Folgen haben oder eine besondere Verantwortung begründen. Anders war es im Ostblock: Die Entscheidung, an einer nicht-kommunistischen Bewegung teilzunehmen, etwa sich unter dem Dach der Kirche zu engagieren, war schon ein erheblicher Schritt; sich direkt an oppositionellen Aktivitäten zu beteiligen war eine existenzielle Entscheidung mit großen persönlichen Folgen. Selbst der Beitritt zur polnischen Massenbewegung *Solidarność* konnte nicht einfach dem individuellen politischen Geschmack und der eigenen Motivation folgen wie das Engagement in einer westlichen Umwelt- oder Frauenbewegung, denn der einzelne Akteur ging ein hohes persönliches Risiko ein. Deshalb waren die Forderungen und Themen der Opposition im Ostblock auch andere als die postmateriellen Fragen im Westen. Im Vordergrund standen oft kollektive Rechte, zum Beispiel Versammlungs- und Organisationsfreiheit – also Menschenrechte, deren Fehlen noch elementarer war als die individuelle politische Selbstrealisierung.

Die Entspannung führte also nicht zu einer Annäherung der politischen Lebenswelten von Ost und West. Im Gegenteil: Durch die wachsende Individualisierung des politischen Lebens im Westen und die erzwungene, weiter andauernde Entpolitisierung des Privatlebens im Osten entwickelten sich die Gesellschaften noch stärker auseinander. Obwohl der KSZE-Prozess politische Kontakte fördern sollte, bewirkte die sowjetische Invasion in die Tschechoslowakei von 1968, dass die westlichen Gruppen, die den politischen Individualisierungsprozess trugen, die Zusammenarbeit mit dem Ostblock in diesem Rahmen ablehnten.¹⁷

¹⁶ Timothy Garton Ash, *The Polish Revolution. Solidarity 1980–82*, London 1983, S. 1.

¹⁷ Van Oudenaren, *Détente in Europe* (Anm. 1), S. 291.

2. Kulturelle Umbrüche

Die kulturellen Verschiebungen der 1960er- und 1970er-Jahre zeigten sich zunächst einmal an abweichenden Verhaltensmustern besonders unter den jüngeren Generationen. Dies war sowohl im Westen als auch im Osten erkennbar; die „Gammler“ im West-Berlin der 1960er-Jahre hatten Gesinnungsgenossen jenseits der Mauer im Ost-Berliner Beat-Milieu. Solche Phänomene waren aber nur die äußerlich auffallenden Indizien für tiefere Umbrüche, die breite Gruppen in Bezug auf Konsum und Lebensstil berührten. Während diese Tendenzen im Westen trotz mancher Konflikte relativ rasch ihren provozierenden Effekt verloren und Bestandteile eines pluralen kulturellen Gesamtbilds wurden, behielten sie im Osten noch lange den Charakter gegenkultureller, nicht in die offizielle Gesellschaft integrierter Verhaltensmuster.

Die Zeit der politischen Entspannung fiel mit den kulturellen Neuorientierungen der 1960er- und 1970er-Jahre zusammen. Die Soziologin Beate Fietze hat argumentiert, dass die Entspannung die innergesellschaftliche Integrationskraft der Supermächte reduziert und dadurch die Aufbrüche der 1960er-Jahre ermöglicht habe.¹⁸ Gewiss besteht hier ein Zusammenhang, aber eher im Sinne eines gemeinsamen Kontexts als einer Kausalbeziehung. Zum einen verliefen die kulturellen Umbrüche keineswegs in einer reibungslosen Atmosphäre plötzlich entstandener Lässigkeit, zum anderen fanden sie in Ost und West auf verschiedenen Ebenen statt. Im Westen waren die 1970er-Jahre teilweise eine Zeit der Konsolidierung und Integration der kulturellen Umbrüche der 1960er-Jahre. Zwar waren die 1970er-Jahre kein bloßer Anhang des vorigen Jahrzehnts, doch das Raster kultureller Auseinandersetzungen wurde bereits maßgeblich in den 1960er-Jahren definiert. So waren die Jugendrevolten der 1970er-Jahre, zum Beispiel die Punks, keine gänzlich neue und verwirrende Erscheinung wie zuvor die Halbstarke oder die Gammler, sondern eher ein neuer Zweig der schon entwickelten Jugendkultur.

Einige bemerkenswerte kulturelle Entwicklungen der 1960er-Jahre standen mit der Entspannung im Zusammenhang. So wurde die Abschwächung des kommunistischen Feindbildes sehr früh in der Populärkultur deutlich. Hier verschwand häufig nicht nur der Kontext der östlichen Bedrohung, sondern die ehemaligen Feinde stiegen sogar zu Partnern im Kampf für den Weltfrieden auf. Dies wurde besonders in der TV-Serie „The Man from UNCLE“ erkennbar, wo die Helden, der Amerikaner Napoleon Solo und sein sowjetischer Partner Illya Kuryakin, im Dienst einer geheimen internationalen Organisation gemeinsam gegen die Feinde des Friedens kämpften. Ähnlich spielten die James-Bond-Filme der 1960er- und 1970er-Jahre nicht im Kontext des Ost-

¹⁸ Beate Fietze, 1968 als Symbol der ersten globalen Generation, in: *Berliner Journal für Soziologie* 7 (1997), S. 365-386, hier S. 376f.

West-Konflikts, sondern beschrieben den fiktiven Kampf gegen die Verbrecherorganisation SPECTRE – mit der Sowjetunion als Partner statt Gegner (etwa in „From Russia with Love“).

Parallel zur Abschwächung des östlichen Feindbildes wuchs die Kritik an den USA. Bereits die Kandidatur des starr konservativen Barry Goldwater bei der US-Präsidentenwahl 1964 wurde überwiegend negativ beurteilt, und mit dem Vietnamkrieg zerfiel das Idealbild der USA als Großmacht der Freiheit und Gerechtigkeit. So zeigte eine schwedische Untersuchung im Jahr 1976, wie sich das Amerikabild in der schwedischen Presse ab Mitte der 1960er-Jahre verändert hatte. Die These eines „amerikanischen Imperialismus“, die in den 1950er-Jahren nur in der kommunistischen Presse zu lesen war, wurde in den 1960er-Jahren allgemein verbreitet.¹⁹ Als sich die Aufmerksamkeit vom Kalten Krieg zur „Dritten Welt“ verlagerte, standen die USA mit ihren Interventionen in Südostasien und in der Karibik in einem viel schlechteren Licht als während der 1950er-Jahre. In diesem Kontext besaß die westeuropäische Jugendrevolte der 1960er-Jahre ein ambivalentes Verhältnis zu den USA: Einerseits hatte Amerika eine Vorbildfunktion für die Formen des Protests, andererseits war das Engagement gegen den Vietnamkrieg und die amerikanische Außenpolitik ein Sammlungspunkt der Bewegung. Dagegen war die Orientierung am Ostblock gering, selbst unter dem Eindruck des Prager Frühlings und seiner Niederschlagung. Zugespitzt kann gesagt werden, dass die Dynamik der Jugendproteste um 1968 ohne die Teilung Europas möglich gewesen wäre, aber kaum ohne den Vietnamkrieg.

In den 1970er-Jahren gehörten diejenigen, die im Jahrzehnt davor rebelliert hatten, der Erwachsenenengeneration an. Für sie wurde die Zeit der kulturellen Auseinandersetzungen zum Bestandteil der gemeinsamen Erinnerung.²⁰ Zwar waren solche Erinnerungen sowohl im Westen als auch in Teilen des Ostblocks präsent, doch wurden dynamische Subkulturen und ästhetisch-existenzielle Abweichungen in den beiden Gesellschaftssystemen unterschiedlich integriert. Im Westen gab es eine bemerkenswerte institutionelle Integration derjenigen Themen, die in den 1960er-Jahren die Debatten bestimmten. Besonders deutlich zeigte sich dies an den Liberalisierungen der 1970er-Jahre im Scheidungs- und Abtreibungsrecht. Parallel zu dieser Liberalisierung änderten sich auch die alltäglichen Umgangsformen. Die Lockerung der Geschlechterrollen, der (Sexual-)Moral und der Hierarchien gewann an Selbstverständlichkeit.²¹ So wurde, um nur zwei Beispiele zu nennen, die Scheidung selbst in Italien erleichtert, und die skandinavische „Du-Reform“ schaffte das Siezen ab. Diese

¹⁹ Eva Block, *Amerikabilden i svensk dagspress 1948–1968* [*Amerikabilder in der schwedischen Tagespresse 1948–1968*], Lund 1976.

²⁰ Kaspar Maase, Körper, Konsum, Genuss – Jugendkultur und mentaler Wandel in den beiden deutschen Gesellschaften, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 53 (2003) H. 45, S. 9–16, hier S. 15.

²¹ Marwick, *The Sixties* (Anm. 3), S. 801–806.

institutionelle und kulturelle Integration neuer Verhaltensmuster war kein völliger und sofortiger Sieg der Protestbewegungen der 1960er-Jahre, zeigte aber doch eine beachtliche Transformationsbereitschaft und -fähigkeit der westeuropäischen Gesellschaften. Wie bereits erwähnt, war dies hauptsächlich ein innergesellschaftlicher Wandel ohne Orientierung am kommunistischen Gegenüber – selbst bei Themen wie Abtreibung oder Ehescheidung, wo der Osten eine „progressivere“ Gesetzgebung hatte, die eventuell als Argument hätte dienen können.

Neue Lebensstile und Subkulturen entwickelten sich während der 1970er-Jahre in ähnlicher Weise wie im vergangenen Jahrzehnt. Punk, Disko etc. waren in mancher Hinsicht noch extremer als die Subkulturen der 1960er-Jahre – mit dem entscheidenden Unterschied, dass das Phänomen einer abweichenden und rebellischen Jugend nun eher als Normalverhalten eingestuft wurde und sozusagen zum festen Bestandteil der Beziehungen zwischen der Generationen gehörte. Als Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnung wurden solche Subkulturen, so provokant sie auch sein mochten, nicht (mehr) betrachtet – dazu waren sie im kulturellen Gesamtbild zu weit integriert. Im Osten fand eine solche Integration nur sehr begrenzt statt. Wie im Westen gab es eine wachsende gesellschaftlich-kulturelle Opposition, vor allem unter den Studenten. Die Studentenbewegungen führten jedoch nur in begrenztem Maße zur Entwicklung alternativer Lebensstile. Die Kritik fand ihren Ausdruck eher in einer Verweigerung des Mitmachens im realsozialistischen System, oder zum Beispiel im geheimen Lesen von Samisdat-Literatur.²²

In der DDR versuchte die SED während der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre, die entstehende Jugendkultur aktiv zu bremsen. Nach einigen Jahren relativer Offenheit begann ab 1965 ein harter Kurs gegen „Beat-Exzesse“. Dies hatte aber nur begrenzten Erfolg, da das Musikangebot in den Jugendklubs nicht effektiv zu kontrollieren war und westliche Sender die Tendenzen der Jugendkultur ohnehin schon in die DDR „exportiert“ hatten.²³ In den 1970er-Jahren entstand ein stillschweigender Kompromiss: Im Privaten wurde die Jugendkultur zugelassen, im öffentlichen Raum aber ästhetisch angepasstes, systemtreues Benehmen erwartet.²⁴ So existierte in den 1970er-Jahren auch in der DDR eine jugendliche Gegenkultur, die sich aber in Dorfdiskos und privaten Kammern abspielte, nicht als Teil der offiziellen Kultur der Gesamtgesellschaft. Selbst wenn es nach dem Führungswechsel von Ulbricht zu Honecker einige Versuche der Partei gab, neue Musikrichtungen zu fördern, blieb die DDR insgesamt gesehen eine konservative Gesellschaft. Solche Beobachtungen aus der

²² Für die Sowjetunion siehe Suri, *Power and Protest* (Anm. 2), S. 105, S. 114.

²³ Maase, *Körper, Konsum, Genuss* (Anm. 20), S. 14.

²⁴ Ebd., S. 13.

relativ wohlhabenden DDR lassen sich freilich nicht für alle Ostblockstaaten verallgemeinern.

In Polen waren die 1970er-Jahre auf keinen Fall eine Zeit subkultureller Entfaltung westlichen Stils. Bei sinkendem Lebensstandard und anhaltender Warenknappheit ging es weniger um Stil- und Konsumpräferenzen als vielmehr um Grundnahrungsmittel oder Seife. Dies schuf eine eher traditionelle Protestkultur, die sich an historischen Ereignissen und vor allem an der katholischen Kirche orientierte. Ihre Symbole konnten nicht unmittelbar in die sozialistische Gesellschaft integriert werden, sondern wirkten als prinzipielle Herausforderung der bestehenden Ordnung und Verneinung der Legitimität der Partei. Dabei gingen materielle Ansprüche Hand in Hand mit Ansprüchen etwa der Kirche auf gesellschaftliche Anerkennung und Teilhabe.²⁵ Diese Proteste lassen sich nicht mit gleichzeitigen Kontroversen im Westen vergleichen – dazu waren die westlichen Gesellschaften schon zu vielfältig und gleichzeitig zu stabil. Wenn die „Sex Pistols“ die britische Nationalhymne parodierten und damit ein Millionenpublikum fanden, konnte dies nicht das britische politische System erschüttern; solche symbolischen Angriffe gehörten mehr oder weniger zum Alltag der Briten. Die symbolischen Proteste der polnischen Opposition hingegen forderten in einer im Westen nicht vorstellbaren Weise die Legitimität der Kommunistischen Partei heraus.

In der Tschechoslowakei spielten die von der Partei kontrollierten Massenorganisationen eine wichtige Rolle beim „Normalisierungsprozess“ nach der Invasion 1968. In diesen Organisationen sollten die Bürger ihre Zeit mit oft ritualisierten Freizeitaktivitäten verbringen; dadurch sollte die Beziehung zwischen Volk und Partei gefestigt oder sogar eine Abhängigkeit der Teilnehmer vom politischen System geschaffen werden.²⁶ Die Aktivitäten dieser Organisationen sollten Kontinuität sichern und für ein akzeptables, voraussehbares Verhalten sorgen. Die zentral gesteuerte politische Kultur erreichte zwar hohe Teilnehmerzahlen, doch beruhte dies eher auf Furcht und desillusionierter Einordnung ins System als auf eigenständigen kulturellen Präferenzen – oder auf Gewöhnung als Mischung von beidem. Auch in diesem Fall herrschte eine posttotalitäre Ordnung des rituellen Mitmachens bei der Inszenierung des öffentlichen Lebens, um eine ungestörte Privatsphäre zu sichern.

Anders als im Westen blieb die Systemkonfrontation in den realsozialistischen Staaten ein wesentlicher Rahmen der kulturellen Entwicklung. Während kulturelle Umbrüche im westlichen Lager keinen oder nur wenig Bezug zum Ostblock hatten, fürchteten die kommunistischen Regime stets die westliche Provenienz neuer Stile und Verhaltensweisen. Der immanente Konservatismus

²⁵ Jan Kubik, *The Power of Symbols and the Symbols of Power. The Rise of Solidarity and the Fall of State Socialism in Poland*, University Park 1994.

²⁶ Kieran Williams, *The Prague Spring and its Aftermath. Czechoslovak politics 1968–1970*, Cambridge 1997, S. 249.

des Ostens bezog sich in kultureller Hinsicht auf die Vergangenheit, die Zwischenkriegszeit, auf völkische Traditionen oder auf die Klassiker der nationalen Bildungskultur (zum Beispiel Goethe und Schiller in der DDR). Neuentwicklungen wie Rock- und Beatmusik waren dagegen hauptsächlich westliche Importe. Zwar gab es auch einheimische Gruppen (wie zum Beispiel die „Puhdys“), doch wandten diese den Blick oft nach Westen. Dadurch rückten derartige Tendenzen notwendigerweise ins Licht der Ost-West-Konfrontation; letztlich blieb die kulturelle Sphäre auf die geopolitische Situation und das westliche Gegenüber bezogen. Die Ost-West-Zusammenarbeit in Form von Kulturaustausch und Gründung von Kulturinstituten war eine Parenthese institutionalisierten guten Willens. Zudem wurde sie, was den Austausch von Ost nach West anging, seitens der Sowjetunion mit Bedenken gesehen.²⁷

Sowohl im Westen wie im Osten war es grundsätzlich möglich, zu „Deep Purple“ oder „ABBA“ zu tanzen und Jeans zu tragen. Es geschah jedoch in sehr unterschiedlichen Kontexten. Während die kulturellen Schlachtfelder der 1960er-Jahre in den westlichen Gesellschaften der 1970er-Jahre eine integrative und dynamische Normalität ermöglichten, gab es im Osten einen posttotalitären Kompromiss aus offiziellem, organisiertem Kulturleben einerseits und in gewissen Grenzen geduldetem privatem Kulturleben andererseits – ein Kompromiss, der die gesellschaftliche Integration kultureller Umbrüche letztlich verhinderte und das System destabilisierte.

3. Wirtschaftliches Auseinanderwachsen

Viele der beschriebenen Tendenzen hängen direkt mit der wachsenden ökonomischen Ungleichheit der beiden Teile Europas zusammen. Während der Wohlstandsboom im Westen bis in die 1960er-Jahre die materielle Grundlage des politischen und kulturellen Wandels schuf, zeigte sich im Osten die immer deutlichere Unfähigkeit der kommunistischen Regime, die materiellen Ansprüche der Bevölkerung zu erfüllen – eine Wurzel der latenten Instabilität und der daraus folgenden Nervosität der Machthaber bei Reformen. Die 1970er-Jahre waren sowohl im Osten wie im Westen ein Jahrzehnt wirtschaftlicher Krisen, wobei diese Krisen, die gewählten Gegenstrategien und die langfristigen Folgen von unterschiedlicher Art waren.²⁸

Die Krise im Westen war stark mit dem Ende des ökonomischen Regimes der Nachkriegszeit verbunden. Der Ölschock von 1973 und die folgende, durch einen nachfrageorientierten Keynesianismus nicht erklärbare Gleichzeitigkeit von Stagnation, Inflation und Arbeitslosigkeit deuteten an, dass Wachs-

²⁷ Van Oudenaren, *Détente in Europe* (Anm. 1), S. 291.

²⁸ Siehe dazu den Beitrag von André Steiner in diesem Heft.

tum und Stabilität mit den bisherigen Werkzeugen der Nationalökonomie nicht mehr zu gewährleisten waren. Hinter der Krise verbarg sich eine große strukturelle Umwälzung der Industriegesellschaften, eine neue Industrielle Revolution. Diese war nicht nur eine Umstellungsphase in Richtung einer Dienstleistungsgesellschaft, sondern auch eine Änderung des industriellen Produktionsprozesses selbst und dadurch eine fundamentale Wandlung des alltäglichen Lebens. Die Arbeitswelt entfernte sich im Laufe der 1970er-Jahre immer deutlicher vom Fordschen Produktionsmodell. So wuchs der Anteil der Facharbeiter, und ihr Qualifikationsprofil änderte sich. In den neuen „integrierten Produktionssystemen“ arbeiteten die Beschäftigten in Gruppen und Netzwerken, kaum mehr in einem hierarchischen Fließbandprozess.²⁹

Diese Entwicklung hing im Westen teilweise mit Auseinandersetzungen auf dem Arbeitsmarkt zusammen. Der Protestzyklus, der Ende der 1960er-Jahre anfang, beendete die Zeit des überwiegend reibungslos funktionierenden Arbeitsmarkts des Wachstumsjahrzehnts. Schon bei den französischen Streiks von 1968 wurde deutlich, dass es besonders unter jungen Arbeitern Anlässe zu fundamentaler Unzufriedenheit gab. Eine Hauptforderung der Streikenden wurde mit der Parole der „autogestion“ gefasst: „Abbau von Herrschaft und Hierarchien, die Freisetzung der Kreativität der Arbeiter durch Selbstbestimmung und Selbstverwaltung“.³⁰ Auch wenn dieses Zitat einem linken, ja revolutionären Kontext entstammt, weist es Berührungspunkte mit späteren Management-Philosophien auf. Die Forderungen der Arbeiter passten zu den Änderungen der Produktion, in der höhere Leistung nun verstärkt durch Eigeninitiative, Flexibilität und sich selbst verwaltende Netzwerke erreicht werden sollte. Zugespitzt formuliert, waren die revolutionären „68er“ keine Antipoden, sondern Wegbereiter eines „neuen Geists des Kapitalismus“.³¹

Als Beispiel kann Schweden angeführt werden, wo der soziale Musterstaat „Folkhemmet“ (das Volksheim) Krisenzeichen erkennen ließ. Ab Ende der 1960er-Jahre artikulierte die Linke eine wachsende Kritik an den Mängeln des starken Wohlfahrtsstaates,³² und 1969/70 streikten die Arbeiter im arktischen Kiruna gegen die Verwaltung der staatseigenen Gruben – nicht nur für höhere Löhne, sondern auch gegen die zentralistischen sozialdemokratischen Gewerkschaften und die fehlenden Mitbestimmungsmöglichkeiten. Die Sozialdemokraten gingen auf diese Kritik ein, so dass Beschlüsse nun öfter in den ein-

²⁹ Lennart Schön, *En modern svensk ekonomisk historia. Tillväxt och omvandling under två sekel [Eine Wirtschaftsgeschichte des modernen Schweden]*, Stockholm 2000, S. 446ff. Siehe auch Bo Stråth, *The Organisation of Labour Markets*, London 1996, S. 191.

³⁰ Ingrid Gilcher-Holtey, „Die Phantasie an die Macht“. *Mai 68 in Frankreich*, Frankfurt a.M. 1995, S. 304.

³¹ Luc Boltanski/Eve Chiapello, *Le nouvel esprit du capitalisme*, Paris 1999.

³² Jenny Andersson, *Mellan tillväxt och trygghet [Zwischen Wachstum und Sicherheit]*, Uppsala 2003, S. 46-62.

zelen Betrieben getroffen werden konnten, und zwar mit großem Einfluss der Mitarbeiter (wie die Arbeiter jetzt treffend benannt wurden).³³ Die Proteste der 1960er-Jahre wurden in Schweden politisch und ökonomisch integriert; so trugen sie letztlich zur Rettung des Kapitalismus aus der Krise bei.

Weniger paradox war die marktwirtschaftliche Integration der Kreativität der „counterculture“, obwohl die Resultate erst in den 1980er- und 1990er-Jahren deutlich wurden. Hier wäre zum Beispiel die dänische Windkraftindustrie zu erwähnen, die ein Ergebnis linken Nachdenkens über alternative Energien war – mit der maoistisch inspirierten Tvind-Organisation als Pionier³⁴ –, aber dank der Verschmelzung mit technisch-ökonomischer Expertise besonders durch die Kranbaufirma Vestas zu einem wichtigen Exportartikel aufstieg. Weitere Beispiele wären die Bio-Landwirtschaft oder – auf globaler Ebene wohl am wichtigsten – die Computerfirma Apple, die aus dem „counterculture“-Milieu der amerikanischen Westküste hervorging.³⁵ Dies war aber eine langfristige Entwicklung, die keineswegs von Anfang an erkennbar war. Vielen Zeitgenossen erschien die Krise als eine fast unkontrollierbare Herausforderung des Kapitalismus. Die Früchte der Innovation waren erst mit der New Economy der 1990er-Jahre eindeutig wahrzunehmen.

Diese Integration der Gesellschaftskritik in die marktwirtschaftliche Ordnung stand in einem scharfen Kontrast zur Krise und den Krisenstrategien im Osten. Dort gelangte die planwirtschaftliche Industrialisierung der Aufbaujahrzehnte nach dem Krieg an ihre Grenze, da die strukturelle Grundlage des Wachstums – die Verlagerung der Arbeitskraft aus der extensiven Landwirtschaft in die Industrie sowie die Industrialisierung der Landwirtschaft selbst – endete. Für weiteres Wachstum waren nun Innovationen und Rationalisierungen erforderlich. Solche Wirtschaftsreformen waren an erster Stelle von Flexibilisierungen des ökonomischen Systems abhängig, aber auch von technologischen und finanziellen Ressourcen, die in den COMECON-Ländern nicht vorhanden waren. Selbst die durch die hohen Ölpreise finanziell begünstigte Sowjetunion konnte die notwendigen Reformen der Produktion nicht tragen. Im Gegenteil: Die grundlegenden strukturellen Probleme der Planwirtschaft wurden verschleiert.³⁶

Der Ostblock war auf den Westen angewiesen, wenn das Wachstum gesichert werden sollte. Hier kommt nun der Kontext der Entspannungspolitik wieder ins Spiel: Viele Handelsrestriktionen des Kalten Krieges waren weggefallen, der Ost-West-Handel war in den 1960er-Jahren rapide gestiegen³⁷ und

³³ Bo Stråth, *Mellan medbestämmande och medarbetare [Zwischen Mitbestimmung und Mitarbeiter]*, Stockholm 2000, bes. S. 135; ders., 1968: From Co-Determination to Co-Worker. The Power of Language, in: *Thesis eleven* 68 (2002), S. 64–81, hier S. 65.

³⁴ Jes Fabricius Møller, *På sejrens vej [Auf dem Weg des Sieges]*, Kopenhagen 1999, S. 94–104.

³⁵ Theodore Roszak, *From Satori to Silicon Valley*, San Francisco 1986, über Apple S. 38f.

³⁶ Stephen Kotkin, *Armageddon Averted. The Soviet Collapse*, Oxford 2001, S. 16–19.

wurde im Laufe der 1970er-Jahre weiter institutionalisiert.³⁸ Doch geschah dies auf einer immer ungleicheren Basis – die Länder des Ostblocks mussten sich stark verschulden, um ihre Investitionen zu finanzieren, da eine hinreichende Gegenfinanzierung durch Exporte nach Westen nicht möglich war. Die Entspannung trug so zu einer dauernden Schuldenkrise des Ostblocks bei.

Am deutlichsten wurde dies in Polen, wo die Verschuldung mit desaströsen Fehlinvestitionen Hand in Hand ging. Zu Beginn der 1970er-Jahre versuchte die Regierung unter Edward Gierek, durch eine Mischung von administrativen Reformen, Rationalisierungen und massiven Investitionen die Wirtschaft zu modernisieren. Die Reformen wurden aber halbherzig umgesetzt oder frühzeitig gestoppt, während die Investitionen aufgrund von Korruption, Fehlbeschlüssen und mangelhafter Koordinierung nicht das erwünschte Wachstum schufen, sondern in eine tiefe Wirtschaftskrise mündeten. Die endogene Starrheit des Systems bewirkte, dass grundlegende Änderungen nicht möglich waren. So wurden die Kredite aus dem Westen genutzt, um unprofitable und ineffiziente Industrien zu Riesenkomplexen auszubauen, die durch ihre Größe einen Effektivitätsgewinn erreichen sollten, aber unter zentraler Kontrolle des Staatsapparates blieben.³⁹ Auf diese Weise reproduzierte man ein schon veraltetes Denken in noch größerem Maßstab. Dabei musste der Schuldendienst mit Hilfe des Exports geleistet werden, was zu erheblichem Warenmangel in Polen selbst führte. Das Resultat war die völlige Delegitimierung des Systems und der Aufstieg der *Solidarność* am Anfang der 1980er-Jahre.

Auch die Versuche in der DDR, die Produktivität der Arbeiter zu steigern, liefern Belege für die wachsenden Unterschiede zwischen Ost und West. Nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 waren die Arbeitsnormen ein Tabu geworden, das die Regierung nicht anzutasten wagte. Bei „Übererfüllung“ der Normen konnten die Arbeiter ihren niedrigen Lohn erheblich anheben. Das dadurch entstehende Missverhältnis zwischen Lohn und Produktion sollte 1976 durch eine Lohnreform abgebaut werden, die Lohnerhöhungen vorsah, aber auch ein völlig neues Einstufen des einzelnen Arbeiters. Abgesehen von den Schwierigkeiten bei der Implementierung des neuen Systems war der falsche Grundsatz auch hier, dass es die Grundlagen des Fordismus fortschrieb, also den individuellen Arbeiter in einer hierarchisch definierten, klar abzugrenzenden Rolle in der Produktion sah und deswegen keinen qualitativen Wachstumssprung bewirken konnte.⁴⁰ Dies stand in starkem Kontrast zu den oben

³⁷ Garthoff, *Détente and Confrontation* (Anm. 1), S. 140.

³⁸ Van Oudenaren, *Détente in Europe* (Anm. 1), S. 269.

³⁹ John P. Farrell, Growth, Reform and Inflation: Problems and Policies, in: Maurice D. Simon/ Roger E. Kanet (Hg.), *Background to Crisis: Policy and Politics in Gierek's Poland*, Boulder 1981, S. 299-327, hier S. 308-311.

⁴⁰ Jeffrey Kopstein, *The Politics of Economic Decline in East Germany 1945–1989*, Chapel Hill 1997, S. 158-161.

beschriebenen westlichen Veränderungen, sowohl im Hinblick auf den Produktionsprozess als auch in der Arbeitsorganisation. Während die Arbeitswelten in Ost und West in den 1960er-Jahren vielfach ähnlich gewesen waren, galt dies in den 1970er-Jahren immer weniger.

4. Fazit: Der Schein der Konvergenz

Das Gesamtergebnis der beschriebenen Beispiele und Themenfelder ist die Beobachtung, dass sich die Lebenswelten in Ost und West während der 1970er-Jahre deutlich auseinanderentwickelten – parallel zu den diplomatischen Annäherungen. Allerdings sollte man sich bewusstmachen, dass diese Analyse im Wissen um den Zusammenbruch des Kommunismus geschrieben ist, was leicht zu vereinfachten Erfolgs- versus Zerfallsgeschichten führen kann. Für die Zeitgenossen war die weitere Entwicklung nicht unbedingt vorauszusehen; selbst die pessimistischsten Beobachter haben die plötzlichen Umbrüche der Jahre 1989–1991 nicht prophezeit. Im Gegenteil: Es gab eine Reihe von Ansätzen, die die These einer Konvergenz der Systeme vertraten. Angesichts der hohen Wachstumsraten im Osten und der zunehmenden staatlichen Steuerung der westlichen Ökonomien war dies in den 1960er- und 1970er-Jahren auch keineswegs ein naiver oder abwegiger Ansatz. In der Logik der Fordschen Industriegesellschaft war die Konvergenz eine einleuchtende Möglichkeit.

So beschrieben Zbigniew Brzezinski und Samuel Huntington 1964 die mögliche Konvergenz als eine Folge der Industrialisierung. Diese führe erst einmal zu Urbanisierung und dadurch zu einer Konvergenz des alltäglichen Lebens – „industrial culture is the same in Sverdlovsk and Detroit“.⁴¹ Danach sei ein höherer Grad von Komplexität erforderlich, welcher auch Pluralismus mit sich bringen werde. Letztlich werde der durch die Industrialisierung erreichte Wohlstand eine Konsumgesellschaft und deshalb auch eine Demokratisierung ermöglichen. Die Verfasser gelangten zu der Annahme: „[...] there has been, and there will be, a steady convergence of the West and the East, including China. Every factory built in some isolated Chinese town reduces the time, the cultural, the economic, and the social gap between, let us say, Chikurting and Chicago.“⁴² Mit gewissem Recht wurden solche Prognosen in den 1970er-Jahren wiederholt.⁴³ Dabei muss noch einmal daran erinnert werden, dass die in-

⁴¹ Zbigniew Brzezinski/Samuel Huntington, *Political Power: USA/USSR*, London 1964, S. 10.

⁴² Ebd., S. 420.

⁴³ Z.B. William Henry Parker, *The Superpowers. United States and the Soviet Union Compared*, Basingstoke 1972, S. 302f. Für einen Überblick zu den Theorien der 1960er-Jahre siehe Alfred G. Meyer, *Theories of Convergence*, in: Chalmers Johnson (Hg.), *Change in Communist Systems*, Stanford 1970, S. 313-341.

dustrielle Umwälzung auch im Westen nicht reibungslos verlief und die unmittelbare Erfahrung der 1970er-Jahre von Krisenbewusstsein dominiert war.

Eine ebenfalls zeitgenössische, aber eher pessimistische Sicht auf die mögliche Konvergenz besagte, dass die fortlaufende Rationalisierung der Industriegesellschaften die Demokratie untergraben könne, also für eine Annäherung des Westens an die kommunistischen Diktaturen sorgen werde. So meinte C. Wright Mills schon 1956, die Konturen einer totalitären, von einer kleinen Elite gesteuerten Massengesellschaft zu erkennen.⁴⁴ Ähnlich kritisierte Paul Hollander 1973 die optimistischen Konvergenztheoretiker wegen ihrer zu naiven Demokratievorstellungen. Die Auseinandersetzungen der späten 1960er-Jahre in den USA waren laut Hollander ein Zeichen der Entfremdung und des Gefühls der Machtlosigkeit breiter Gruppen der Gesellschaft; dies könne zu einer Gefahr für die Demokratie werden. Konvergenz der Systeme werde eine Liberalisierung in der Sowjetunion und gleichzeitig einen Zerfall der amerikanischen Demokratie bedeuten.⁴⁵ Derartige Thesen sind insofern aufschlussreich, als es in den 1970er-Jahren keineswegs klar war, ob die ökonomische Umgestaltung und die kulturelle Integration von sozialen Bewegungen im Westen gelingen würden.

So zeigen sich insgesamt zwei Paradoxien der Ära der Entspannung: erstens die Gleichzeitigkeit der geopolitischen Annäherung und der wachsenden gesellschaftlich-kulturellen Kluft der beiden Systeme. Während die Staatsführungen Institutionen und Mechanismen aufbauten, die den Dialog über den Eisernen Vorhang erleichtern sollten, wurde dieser Dialog vorrangig von Diplomaten und Politikern geführt. Der politische Dialog hatte zwar Bedeutung für Dissidenten in den realsozialistischen Staaten, die auf die Diskrepanz zwischen dem täglichen Leben im Einparteiensstaat und den Prinzipien der KSZE-Protokolle verweisen konnten, aber er vermochte den konträren Entwicklungen der Lebenswelten nicht entgegenzuwirken. Das zweite Paradoxon war die scheinbare Konvergenz, die Täuschung einer fundamentalen Annäherung, bei gleichzeitigem Auseinanderwachsen der europäischen Bevölkerungen. Dies ist nicht als bloße Fehleinschätzung damaliger Beobachter zu werten, sondern verweist auf die Schwierigkeiten der Zeitgenossen, längerfristige strukturelle Umbrüche adäquat einzuordnen. Heutige Zeithistoriker können in Untersuchungen der 1970er-Jahre ihr Wissen um spätere Entwicklungen einbringen, sollten die Offenheit und Widersprüchlichkeit der damaligen Situation aber ebenfalls verdeutlichen.

Thomas Ekman Jørgensen Ph.D., Københavns Universitet, Saxo-Institutet – Historie, Lokale 15.2.61, Njalsgade 80, DK-2300 København S, E-Mail: thomasej@hum.ku.dk

⁴⁴ C. Wright Mills, *The Power Elite*, New York 1956.

⁴⁵ Paul Hollander, *Soviet and American Society. A Comparison*, Oxford 1973, S. 397-405.